

In der Senatssitzung am 17. November 2020 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität,
Stadtentwicklung und Wohnungsbau

16.11.2020

8 L

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 17.11.2020

„Leistungsfähigerer Stromnetzanschluss der Stahlwerke Bremen“

Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag)

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Für die schrittweise Umstellung der Stahlerzeugung auf „Grünen Stahl“ durch den Einsatz eines Schrottschmelzers und einen höheren Einsatz von Wasserstoff wird ein deutlich leistungsfähigerer Stromanschluss benötigt. Ist dieser zusätzliche Netzanschluss bereits in Planung?
2. Über welche Netzanbindung soll dieser zusätzliche Anschluss erfolgen?
3. Für eine besonders ambitionierten CO₂-Reduktion bei den Stahlwerken müsste dieser Anschluss in vier bis fünf Jahren fertiggestellt sein. Ist die Senatorin für Klima, Umwelt, Mobilität und Stadtentwicklung in der Lage einen solchen ambitionierten Zeitplan gemeinsam mit dem Netzbetreiber umzusetzen?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Nach Informationen des Senats stehen das Unternehmen ArcelorMittalBremen und der Netzbetreiber wesernetz im Kontakt, um die Planungen im Zusammenhang mit einem zusätzlichen Netzanschluss abzustimmen.

Ein bisheriges Ergebnis ist, dass im bestehenden Bremer Verteilnetz der wesernetz am Stahlstandort Mittelbüren eine Elektrolyseurkapazität von bis zu 100 Megawatt (MW) Leistung angeschlossen werden könnte. Für die ersten Stufen des Projekts bis etwa zum Jahr 2028 ist dies ausreichend.

Für eine höhere Elektrolyseleistung und einen Schrottschmelzer reicht der bestehende Netzanschluss hingegen nicht mehr aus.

Wesernetz beabsichtigt, noch im Laufe des Jahres ein Konzept für die zusätzliche Stromnetzanbindung zu entwickeln.

Zu Frage 2:

Um den Strombedarf über eine Anschlussleistung von 100 MW hinaus zu decken, ist die zusätzliche Anbindung an das Übertragungsnetz der Tennet nötig. Hierzu bedarf es einer Erweiterung des Umspannwerks der wesernetz im Niedervieland, um von dort ein Hochspannungskabel mit einer Spannung von 380 Kilovolt bis nach Mittelsbüren zu führen.

Nach aktuellen Planungen der beteiligten Unternehmen ist für die Zeit nach 2028 eine zusätzliche Anschlussleistung von bis zu 600 MW erforderlich. Dies entspricht zum Vergleich in etwa der Größenordnung der aktuell bestehenden Spitzenleistung der gesamten Stadt Bremen.

Zu Frage 3:

Die Umsetzung eines Netzanschlusses erfolgt durch den Netzbetreiber und den Träger des Projekts. Bei der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau liegt, je nach technischer Ausgestaltung, gegebenenfalls die Zuständigkeit für die Durchführung von Zulassungsverfahren. Auf der Grundlage des derzeitigen Standes der Projektentwicklung ist eine Aussage über die Art und die voraussichtliche Dauer von Zulassungsverfahren noch nicht möglich. So bedürfen Erdkabel nur unter ganz bestimmten Bedingungen der Planfeststellung nach dem Energiewirtschaftsgesetz. In jedem Fall sind aber ggf. in Einzelgenehmigungsverfahren die Auswirkungen auf das Natura 2000-Gebiet im Niedervieland zu berücksichtigen. Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau steht für Abstimmungen mit dem Netzbetreiber und Projektträger gerne zur Verfügung und empfiehlt, diese zeitnah einzuleiten.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung

Keine finanziellen, personalwirtschaftlichen oder genderrelevanten Auswirkungen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Senatsvorlage ist abgestimmt mit der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa.

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet nach Beschlussfassung im Senat. Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau vom 16.11.2020 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.